

Teil 2:

Am Ende war die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich für die Verabschiedung der vorliegenden Beschlüsse.

Für die Kita auf dem Gelände des Franziskushaus sprächen folgende Gründe:

- Die aktuelle provisorische Containerlösung für die Kita Bullerbü ist zeitlich befristet, eine dauerhafte Lösung müsse zügig gefunden werden. Die Lösung auf dem Gelände der Franziskanerinnen würde vom Betreiber DRK favorisiert. Alternative Lösungsvorschläge hätten eine lange oder unsichere Umsetzung.
- Die Aufstockung des Kitabaus um sozial geförderte Wohnungen schafft mehr Wohnraum bei in Relation geringerem Flächenverbrauch. Die soziale Bindung ist dabei positiv zu sehen.
- Die Rahmbedingungen für den Bau der Kita wie intensive Nutzung solarer Strahlungsenergie, Energiestandard KFW 40, möglichst CO₂-reduzierte Bauweise, Dachbegrünung, sozial geförderter Wohnungsbau sowie ausreichend dimensionierte Regenwasserrückhaltung für eine maximale Versickerung auf dem Gelände sind unabdingbar, um die Folgen aus der Flächenversiegelung auf Klima- und Umwelt so gering wie möglich zu halten.
- Die Freigabe des bisher umzäunten und nicht freizugänglichen Geländes zwischen Kirchlarweg und Gräfte (2. Bauabschnitt) direkt nach Fertigstellung der Kita für die breite Öffentlichkeit sei eine deutliche Verbesserung gegenüber heute. Die Umsetzung im Detail müsse natürlich noch geplant werden. Erste Ideen würden schon diskutiert, so könnten z. B. an den Wegen zur/an der Gräfte Tafeln aufgestellt werden, die über die Geschichte des Geländes und des Pröbstingshofs informieren.
- Mit dem Franziskushaus und dem Gebäude an Fischers Wiese gibt es schon mehrstöckige Häuser, die Kita fügt sich also in das vorhandene Baubild ein.
- Was den 2. Bauabschnitt angehe, spräche insbesondere der sehr hohe Bedarf an bezahlbaren Häusern für eine Bebauung, insbesondere wenn auch hier eine Kopplung an sozial geförderten Wohnraum bestehe. Aus Sicht von Klima- und Umweltschutz dürfe man eigentlich keine Neubauten genehmigen, aber das sei in Angesicht der aktuellen Lage auf dem Immobilienmarkt realistisch nicht umsetzbar, soviel Realitätssinn gebe es auch bei den Grünen, so Hesse. Deshalb fordern die Grünen wie schon im Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2020 beschrieben für die Schaffung von neuem Wohnraum bevorzugt eine Nachverdichtung im Ortskern. "Flächenversiegelungen in großen neuen Bau- oder Gewerbegebieten in Ortsrandlagen oder sogar darüber hinaus wie z. B. beim Windmühlenfeld oder dem neuen Gewerbegebiet Süd sind in ihren negativen Effekten viel kritischer zu sehen. Nachverdichtung hat ja in den letzten Jahren zum Beispiel auch in der direkten Nachbarschaft der Franziskanerinnen stattgefunden, schon von daher spricht nichts gegen eine Bebauung der Flächen am Franziskushaus." sagt Hesse. Jedenfalls, wenn die von den Grünen genannten Rahmenbedingungen bei der Bebauung eingehalten werden. Die Interessen der Anwohner und die besondere Lage zum historischen Pröbstingshof müsse man natürlich berücksichtigen. Das sei der Grund, warum die Grünen sich an dieser Stelle mit der Bebauung von Einfamilienhäusern einverstanden erklären. Aus Sicht von Klima- und Umweltschutz seien Mehrfamilienhäuser durch die im Verhältnis geringere Flächenversiegelung und dem geringeren Energiebedarf Einfamilienhäusern eindeutig vorzuziehen. Damit würde aber Anwohnern und Passanten deutlich stärker die Sicht auf die Gräfte und den Pröbstingshof genommen werden, auch wäre der Erhalt

des Baumbestands im gewünschten Umfang nicht sichergestellt. Also auch hier ein notwendiger, aber aus Sicht der Grünen akzeptabler Kompromiss.

- Die Grünen begrüßen an dieser Stelle die mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen gefundene Lösung für das weitere Vorgehen beim 2. Bauabschnitt. Durch die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens bestehe für alle Parteien im weiteren Verlauf die Möglichkeit, sich einzubringen.
- Zum Schluss möchten die Grünen noch auf ein Argument aus der Bevölkerung eingehen. Es würde immer wieder die Besorgnis geäußert, dass, wenn man das Gelände am Franziskushaus zur Bebauung frei gebe, dies die Tore für die Bebauung der umliegenden Wald- und Wiesenflächen öffnen würde. Dies sei aber nach aktuellem Kenntnisstand in den kommenden Jahrzehnten nicht möglich, da die Bezirksregierung die umliegenden Flächen um das Franziskushaus nicht als potentielle Flächen für eine Wohnbebauung freigegeben hat. Von der Seite bestehe also auch kein Grund zur Besorgnis."